

Beisteiner Steuerberatung GmbH

Vogelweiderstraße 33
5020 Salzburg

JAHRESABSCHLUSS

zum 31. Dezember 2024

Verein MARK für kulturelle und soziale Arbeit

Hannakstraße 17
5023 Salzburg
Finanzamt Österreich
St.Nr.: 91 027/2640

Inhaltsverzeichnis

1. Erstellungsbericht	1
2. Rechtliche Grundlagen	2 - 3
3. Steuerliche Grundlagen	4
4. Betriebswirtschaftliche Darstellungen	5
5. Bilanz kumuliert	6 - 7
6. Gewinn- und Verlustrechnung kumuliert	8
7. Bilanz detailliert	9 - 11
8. Gewinn- und Verlustrechnung detailliert	12 - 15
9. Erläuterung zur Bilanz	16 - 17
10. Sachkontenübersicht	18
11. Anlagenverzeichnis	19 - 24
12. Unterfertigung durch den Vorstand	25
13. Allgemeine Auftragsbedingungen	26 - 30

1. Erstellungsbericht

Bericht über die

Erstellung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2024
der
Verein MARK für kulturelle und soziale Arbeit, Salzburg.

Wir haben auftragsgemäß den Jahresabschluss der Verein MARK für kulturelle und soziale Arbeit zum 31. Dezember 2024 – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung – auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellt.

Grundlage für die Erstellung des Abschlusses waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht auf Ordnungsmäßigkeit oder Plausibilität geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach Einkommensteuerrechtlichen Grundlagen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in Ihrer Verantwortung.

Wir haben weder eine Abschlussprüfung noch eine prüferische Durchsicht des Abschlusses noch eine sonstige Prüfung oder vereinbarte Untersuchungshandlungen vorgenommen und geben demzufolge keine Zusicherung (Bestätigung) zum Abschluss.

Sie sind sowohl für die Richtigkeit als auch für die Vollständigkeit der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen und Auskünfte verantwortlich, auch gegenüber den Nutzern des von uns erstellten Abschlusses. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die auf unser Verlangen von Ihnen unterschriebene Vollständigkeitserklärung.

Der Erstellungsauftrag wurde unter Beachtung des Fachgutachtens KFS/RL 26 „Grundsätze für die Erstellung von Abschlüssen“ durchgeführt. Für den Erstellungsauftrag gelten die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB) der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen (KSW) in der gültigen Fassung.

Eine Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte darf nur unter Beigabe des Erstellungsberichts erfolgen.

Im Falle der Weitergabe des von uns erstellten Abschlusses an Dritte gelten die in Punkt 7. der AAB für Wirtschaftstreuhandberufe der KSW enthaltenen Ausführungen zur Haftung auch gegenüber Dritten.

2. Rechtliche Grundlagen

Auftraggeber:	Verein MARK für kulturelle und soziale Arbeit
ZVR-Nr.:	471905195
Vereinszweck:	<p>Der Verein ist eine Social Profit Organisation und verfolgt folgenden Zweck:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Kultur, Freizeit- und Veranstaltungszentren zu errichten und zu betreiben.2. Die Schaffung von Freiräumen für verschiedene Aktivitäten und Lebenswelten.3. Die Förderung von Nachwuchskünstler*innen.4. Niederschweligen Zugang zu Kultur und Kunst zu ermöglichen.5. Die Entwicklung und Umsetzung diverser Projekte.6. Nutzer*innen die Möglichkeit der Mitgestaltung zu geben.7. Die Arbeit im Sozial- und Präventionsbereich.8. Zur Persönlichkeitsentwicklung Jugendlicher und junger Erwachsener beizutragen.9. Zur Fortbildung und beruflichen Weiterbildung beizutragen.
Sitz:	Salzburg
Adresse:	5023 Salzburg, Hannakstraße 17
Rechtsform:	Verein
Größenklasse:	<p>kleiner Verein gemäß § 21 Vereinsgesetz</p> <p>Als kleiner Verein iSd VerG ist der Verein MARK für kulturelle und soziale Arbeit grundsätzlich nicht zur Aufstellung eines Jahresabschlusses verpflichtet. Es besteht lediglich die Verpflichtung zur Aufstellung einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung samt Vermögensübersicht. Der vorliegende Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung, wird daher auf freiwilliger Basis erstellt.</p>
Gründung:	04.04.1966
Statuten:	In der Fassung vom 08. Mai 2021
Geschäftsjahr:	1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024

Funktionsperiode: 22.02.2023 - 21.02.2025

Organschaftliche Vertreter: Obfrau: Krämer Alexandra
Obfrau Stellvertreter/Kassier: Lechner Michael
Vorstandsmitglied ohne Funktion: Seiwald Sabrina

Geschäftsführer: Pardeller Gerd

3. Steuerliche Grundlagen

Finanzamt:	Finanzamt Österreich Dienststelle Salzburg-Stadt
Steuernummer:	91 027/2640
UID-Nummer:	ATU66056288
Gewinnermittlung:	Bilanzierung gem. § 4 Abs. 1 EStG
Steuerlicher Status:	Der Verein ist gemeinnützig, seine Tätigkeit ist nicht auf Gewinn ausgerichtet.
Körperschaftsteuer:	Nicht steuerpflichtig bzw befreit gem. Par. 5 Z 6 KStG Ausnahmegenehmigung gem. Par. 44 BAO Steuerpflicht für den Clubbetrieb
Umsatzsteuer:	Ab Oktober 2010 wurde begonnen, die neue Vereinsstätte umzubauen. Ab Mai 2011 wird eine Bar betrieben. Dabei handelt es sich um einen begünstigungsschädlichen Geschäftsbetrieb, der umsatzsteuerpflichtig ist. Aus den Umbaukosten wurde anteilig Vorsteuer geltend gemacht.
Regelbesteuerung:	Ab 2010
Kommunalsteuer:	steuerpflichtig
Kapitalertragsteuer:	Keine KEST-Befreiungserklärungen nach Par. 94 Z 5 EStG
Letzte Betriebsprüfung:	keine
Letzte GPLB:	2016 - 2020

4. Betriebswirtschaftliche Darstellungen

4.1. Ertragslage

	2024 TEUR	%	2023 TEUR	%	+/- TEUR	%
Vereinseinnahmen	320	100,0	296	100,0	24	8,0
Betriebsleistung	320	100,0	296	100,0	24	8,0
Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	54	16,9	57	19,2	-3	-4,9
Rohertrag I	266	83,1	239	80,8	27	11,1
Personalaufwand	166	51,9	135	45,6	31	22,9
Rohertrag II	100	31,2	104	35,1	-4	-4,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	114	35,5	95	31,9	19	20,2
Finanzerträge	0	0,0	0	0,0	0	94,6
Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA)	-14	-4,3	10	3,2	-23	k. A.
Abschreibungen	7	2,1	8	2,9	-2	-22,2
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)	-20	-6,4	1	0,4	-22	k. A.
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0,0	0	0,1	0	-28,3
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-21	-6,4	1	0,3	-21	k. A.
Veränderung von Rücklagen	21	6,4	-1	-0,3	21	k. A.
Jahresgewinn	0	0,0	0	0,0	0	0,0

Aktiva	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Bauten	188.862,78	210.647,18
<i>davon Investitionen in fremde Gebäude</i>	<i>188.862,78</i>	<i>210.647,18</i>
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.077,03	7.861,41
	194.939,81	218.508,59
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Waren	1.388,19	1.535,79
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.881,60	1.517,80
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	3.238,51	1.433,04
	5.120,11	2.950,84
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.804,26	79.143,81
	8.312,56	83.630,44
C. Rechnungsabgrenzungsposten	657,60	577,60
Summe Aktiva	203.909,97	302.716,63

Passiva	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. Eigenkapital		
I. Vereinsvermögen		
1. Vereinskaptal	3.475,68	3.475,68
2. Rücklagen	463,17	20.976,13
<i>davon gewidmet</i>	<i>463,17</i>	<i>20.976,13</i>
	3.938,85	24.451,81
B. Investitionszuschüsse	172.077,19	181.468,04
C. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen	1.919,15	2.981,08
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.000,69	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.423,39	1.921,16
3. sonstige Verbindlichkeiten	15.470,70	12.645,54
<i>davon aus Steuern</i>	<i>1.579,52</i>	<i>1.833,36</i>
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	<i>3.258,14</i>	<i>2.785,42</i>
	24.894,78	14.566,70
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.080,00	79.249,00
Summe Passiva	203.909,97	302.716,63

	2024 EUR	2023 EUR
1. Vereinseinnahmen		
a) Mitgliedsbeiträge	3.969,00	2.650,00
b) Spenden und sonstige Vermögenserwerbe	4.385,48	5.350,68
c) Öffentliche Zuschüsse	209.958,00	169.264,00
d) Erlöse Veranstaltungen	101.179,19	118.309,82
e) sonstige Erlöse	665,00	800,00
	320.156,67	296.374,50
2. Aufwendungen Clubbetrieb, Projekte		
a) Clubbetrieb, Projekte	54.174,73	56.982,53
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	127.781,06	102.793,38
b) soziale Aufwendungen	38.410,40	32.450,28
	166.191,46	135.243,66
4. Abschreibungen		
a) auf Sachanlagen	6.576,84	8.452,02
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	113.599,06	94.543,47
6. Zwischensumme aus Z 1 bis 5 (Betriebsergebnis)	-20.385,42	1.152,82
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,25	1,67
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	130,79	182,50
9. Zwischensumme aus Z 7 bis 8 (Finanzergebnis)	-127,54	-180,83
10. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-20.512,96	971,99
11. Auflösung von Gewinnrücklagen	20.512,96	3.000,00
12. Zuweisung zu Gewinnrücklagen	0,00	3.971,99
13. Jahresgewinn	0,00	0,00

Aktiva	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Bauten		
Baul.Inv.in fremd.Betriebsgeb.	188.862,78	210.647,18
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung		
Betr.-u.Geschäftsausstattung	4.337,78	6.122,16
Geschirr,Bestecke-Festwerte	1.739,21	1.739,21
Büromaschinen, EDV-Anlagen	0,04	0,04
GWG Betriebs-u.Geschäftsausstattung	0,00	0,00
	6.077,03	7.861,41
	194.939,81	218.508,59
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Waren		
Vorräte Getränke/Lebensmittel/Zigar	1.388,19	1.535,79
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
Lieferforderungen Inland	1.881,60	1.517,80
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände		
sonstige Forderungen	2.113,36	425,04
Kautionen	935,00	935,00
Umsatzsteuer-Zahllast	121,69	0,00
FA Kto.91/027-2640	2,30	6,84
Verrechnungskonto PayPal	66,16	66,16
	3.238,51	1.433,04
	5.120,11	2.950,84
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		
Kassa	1.804,26	1.104,12
Sparkasse 111088	0,00	78.039,69
	1.804,26	79.143,81
	8.312,56	83.630,44
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
aktive Rechnungsabgrenzungsposten	657,60	577,60
Summe Aktiva	203.909,97	302.716,63

Passiva	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. Eigenkapital		
I. Vereinsvermögen		
1. Vereinskapital		
Vereinskapital zu Beginn des Geschäftsjahres		
Eigenkapital Verein	3.475,68	3.475,68
Nettovereinsvermögen	3.475,68	3.475,68
2. Rücklagen		
Statutengemäße Rücklagen		
gewidmete Rücklagen (Verein)	0,00	5.000,00
Rücklage Gewinn	463,17	15.976,13
	463,17	20.976,13
<i>davon gewidmet</i>		
<i>gewidmete Rücklagen (Verein)</i>	<i>0,00</i>	<i>5.000,00</i>
<i>Rücklage Gewinn</i>	<i>463,17</i>	<i>15.976,13</i>
	<i>463,17</i>	<i>20.976,13</i>
	3.938,85	24.451,81
B. Investitionszuschüsse		
Bew.Reserve Subv.Hannakstr.	152.742,89	178.200,03
Bew.Reserve sonst.Investitionen	2.334,30	3.268,01
Bewertungsreserve Investition Barrierefreiheit WC	17.000,00	0,00
	172.077,19	181.468,04
C. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen		
Rückstellungen für nicht konsumierte Urlaube	819,15	1.971,08
RST.f.Rechts-u.Beratungskosten	1.100,00	1.010,00
	1.919,15	2.981,08
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Sparkasse 111088	6.000,69	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		
Lieferverbindlichkeiten Inland	3.423,39	1.921,16
3. sonstige Verbindlichkeiten		
Umsatzsteuer-Zahllast	0,00	710,65
Verr.Lohnsteuer	948,43	549,80
Verr. Dienstgeberbeitrag	330,73	298,98
Verr. Zuschlag zum DB	32,18	31,51
Verr.Kommunalsteuer	268,18	242,42
Verr.Gesundheitskasse	3.258,14	2.785,42

Passiva	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
übrige sonstige Verbindlichkeiten	277,06	444,87
Kaution	5.368,00	5.383,00
Kaution Veranstaltungsraum	3.230,00	2.050,00
Verr.Konto Löhne und Gehälter	1.757,98	148,89
	<u>15.470,70</u>	<u>12.645,54</u>
<i>davon aus Steuern</i>		
<i>Umsatzsteuer-Zahllast</i>	0,00	710,65
<i>Verr.Lohnsteuer</i>	948,43	549,80
<i>Verr. Dienstgeberbeitrag</i>	330,73	298,98
<i>Verr. Zuschlag zum DB</i>	32,18	31,51
<i>Verr.Kommunalsteuer</i>	268,18	242,42
	<u>1.579,52</u>	<u>1.833,36</u>
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>		
<i>Verr.Gesundheitskasse</i>	3.258,14	2.785,42
	<u>3.258,14</u>	<u>2.785,42</u>
	24.894,78	14.566,70
E. Rechnungsabgrenzungsposten		
Vorabzlg.Subvention Land Sbg.2019	0,00	78.449,00
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.080,00	800,00
	<u>1.080,00</u>	<u>79.249,00</u>
Summe Passiva	203.909,97	302.716,63

	2024 EUR	2023 EUR
1. Vereinseinnahmen		
a) Mitgliedsbeiträge		
Mitgliedsbeiträge	3.969,00	2.615,00
Fördermitgliedschaft	0,00	35,00
	<u>3.969,00</u>	<u>2.650,00</u>
b) Spenden und sonstige Vermögenserwerbe		
Spendenerlöse	4.385,48	5.350,68
c) Öffentliche Zuschüsse		
Subvention Salzburg Stadt	64.200,00	60.000,00
Subvention Sbg.Landesjugendreferat	18.329,00	17.708,00
Subvention Kulturpraktikum	800,00	800,00
Landesjugendreferat Invest.Förderung	5.000,00	3.050,00
Subvention Sbg.Landeskulturabteilun	46.415,00	45.700,00
Landeskulturabt.Invest.Förderung	2.000,00	2.000,00
Subvention Bund BKA	12.500,00	10.000,00
Mag. Salzburg Investitionssubvention	6.000,00	0,00
EU Projekt "Decide Youth"	0,00	3.366,00
LKA Projekt "Mitsammen"	7.000,00	0,00
Zuschuss FairPay	47.714,00	26.640,00
	<u>209.958,00</u>	<u>169.264,00</u>
d) Erlöse Veranstaltungen		
Erlöse Veranstaltungen/Eintritte	10.379,94	12.783,74
Erlöse Speisen Barbetrieb	1.941,76	1.574,04
Erlöse Speisen Community Kitchen	1.104,48	1.233,61
Erlöse Tabak	1.964,72	2.581,03
Erlöse Bier	31.052,81	34.765,62
Erlöse Wein	6.732,41	6.240,65
Erlöse Sprituiosen	18.211,24	27.584,63
Erlöse Kaffee Tee	216,85	188,98
Erlöse Alkoholfreie Getränke	10.755,09	11.246,44
Erlöse Becherpfand	1.222,58	2.039,62
Erlöse Tee 10%	39,58	45,54
Erlöse Vermietung Proberaum	7.968,78	7.129,00
Erlöse Studio 2 Artist in Residence	237,51	1.583,40
Erlöse Studio 1	0,00	450,00
Erlöse Workshops 20%	166,67	0,00
Erlöse Spindvermietung	767,64	896,16
Erlöse Vermietung Veranstaltungsrau	1.834,17	1.981,67
Erlöse Tonstudio	1.000,02	783,35
Aufwandsersätze 0%	449,60	344,00
Aufwandsersätze 20%	0,00	208,34
Erlöse EFD Programm 0%	5.133,34	4.650,00
	<u>101.179,19</u>	<u>118.309,82</u>
e) sonstige Erlöse		
Schadenersatz	665,00	0,00

	2024 EUR	2023 EUR
Versicherungsentschädigungen	0,00	800,00
	<u>665,00</u>	<u>800,00</u>
	320.156,67	296.374,50
2. Aufwendungen Clubbetrieb, Projekte		
a) Clubbetrieb, Projekte		
Clubbetrieb, Projekte		
Kosten EFD Programm	6.448,17	6.362,71
Projektsachkosten	435,33	1.750,64
Projektkosten "Mitsammen 2024"	3.207,98	0,00
WES Clubbetrieb	2.264,95	3.415,95
WES Volksküche	1,81	129,52
Eigenverbrauch Clubbetrieb	4.944,20	4.884,60
Künstlerhonorare	7.597,77	5.139,01
Honorare Veranstaltungstechniker	5.118,00	6.190,00
Reisekosten Künstler	0,00	60,00
Künstlerversorgung	58,49	17,17
WES Lebensmittel Clubbetrieb	1.502,14	1.872,04
WES Community Kitchen	1.004,27	1.170,04
WES Kaffee	101,64	120,57
WES alkoholfr. Getränke	6.343,20	7.050,28
WES Tabak	1.586,99	2.175,98
WES Spirituosen	2.443,14	4.375,49
WES Wein	1.297,35	748,81
WES Bier	9.825,96	11.537,27
WES Sekt	179,52	0,00
Einkauf Geschirr	0,00	65,64
WES Getränkegebindepfand 20 %	-144,90	-31,20
Skontoertrag 20 %	-41,28	-51,99
	<u>54.174,73</u>	<u>56.982,53</u>
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter		
Löhne	24.001,98	26.918,70
Gehälter	104.931,01	83.218,00
Veränderung Urlaubsrückstellungen (Angestellte)	-1.151,93	-5.280,17
Veränderung Gutstundenrückstellungen (Angestellte)	0,00	-2.063,15
	<u>127.781,06</u>	<u>102.793,38</u>
b) soziale Aufwendungen		
Gesetzlicher Sozialaufwand	26.829,06	22.116,81
MV-Beiträge	1.943,88	1.640,09
Kommunalsteuer	3.843,76	3.279,83
Dienstgeberbeitrag	4.740,61	4.045,12
Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag	461,10	426,39
Sonst. Sozialaufwendungen	591,99	841,88
Arbeitskleidung	0,00	100,16
	<u>38.410,40</u>	<u>32.450,28</u>
	166.191,46	135.243,66

	2024 EUR	2023 EUR
4. Abschreibungen		
a) auf Sachanlagen		
Abschreibung Invest.Mietobjekt	29.784,40	29.784,40
Abschreibungen Sachanlagen	1.784,38	1.898,72
Abschreibung gering.WG	1.398,91	3.159,76
Aufl.Bewertres.a.Zuschüsse Inv.	-26.390,85	-26.390,86
	6.576,84	8.452,02
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		
Aufwand für Instandhaltung, Betriebskosten		
Reinigungsmaterial	920,46	580,80
Instandhaltung Lüftungsanlage	1.501,37	1.374,29
Instandhaltung technische Anlagen	1.377,03	3.968,96
Instandhaltung Gebäude	286,78	2.438,40
Instandh.Betriebs-u.Geschäftsausst.	120,07	367,00
Software Support und Wartung	766,50	604,95
Abfallentsorgung	36,36	90,91
Aufwand Brandschutzeinrichtung	5.287,60	2.539,31
Klein-u.Verbrauchsmaterial	38,17	0,00
Strom	8.673,26	4.581,67
Betriebskosten	9.809,82	8.822,69
	28.817,42	25.368,98
Reise- und Fahrtaufwand		
Kilometergelder	377,16	405,30
Aufwand für Miete		
Miet-u.Pachtaufwand	57.902,67	54.822,12
Aufwand für Büromaterial		
Büromaterial und Drucksorten	621,38	639,45
EDV Aufwand	0,00	37,35
	621,38	676,80
Nachrichtenaufwand		
AKM/Rundfunkgebühren	1.645,69	1.535,26
Telefon, Internet	752,51	800,11
Postgebühren	33,71	0,00
	2.431,91	2.335,37
Aufwand für Werbung		
Werbeaufwand	1.492,17	82,07
Spenden	0,00	5,00
	1.492,17	87,07
Aufwand für Versicherungen		
Sachversicherungen	3.118,62	2.975,54
Steuerberatung	1.983,00	1.005,00
Aufwand für Aus- und Weiterbildung		
Aus- und Weiterbildung	0,00	250,00

	2024 EUR	2023 EUR
Gebühren und Beiträge		
Fremdenverkehrsabgabe	94,46	38,20
Gebühren und Abgaben	477,22	339,50
Mitgliedsbeiträge	1.070,00	1.370,00
	1.641,68	1.747,70
Spesen des Geldverkehrs		
Spesen des Geldverkehrs	1.183,17	1.783,86
Centdifferenz	0,00	0,29
Transaktionskosten (Mollie)	3,65	11,42
	1.186,82	1.795,57
Buchwert abgegangener Anlagen	0,00	0,02
Abschreibungen auf das Umlaufvermögen		
Forderungsverluste 20%	45,83	0,00
Schadensfälle	120,00	100,00
diverse betriebliche Aufwendungen		
Leitungsteam	860,40	972,00
Verzugs- und Mahnspesen 0%	0,00	2,00
Zuw.Bewertres.Zuschüsse Investition	13.000,00	0,00
Zuweisung z.gewidmeten Rücklagen	0,00	2.000,00
	13.860,40	2.974,00
	113.599,06	94.543,47
6. Zwischensumme aus Z 1 bis 5 (Betriebsergebnis)	-20.385,42	1.152,82
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
Kundenverzugszinsen 20%	0,00	1,67
Mahngebühren	3,25	0,00
	3,25	1,67
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
Zinsen für Bankkredite, Darlehen	130,79	182,50
9. Zwischensumme aus Z 7 bis 8 (Finanzergebnis)	-127,54	-180,83
10. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-20.512,96	971,99
11. Auflösung von Gewinnrücklagen		
Auflösung gewidmete Rücklage	5.000,00	3.000,00
Auflösung Gewinnrücklage	15.512,96	0,00
	20.512,96	3.000,00
12. Zuweisung zu Gewinnrücklagen		
Zuweisung z.Gewinnrücklage	0,00	3.971,99
13. Jahresgewinn	0,00	0,00

9. Erläuterungen zu Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung**Investitionszuschüsse:**

Bezeichnung	Zuschuss	Stand 01.01.2024	Zugang	Umbuchung	Verbrauch	Abgang	Stand 31.12.2024
250 Baul. Inv. in fremd. Betriebsgeb.							
ZUSCHUSS	508 000,00	178 200,03	0,00	0,00	-25 457,14	0,00	152 742,89
	508 000,00	178 200,03	0,00	0,00	-25 457,14	0,00	152 742,89
500 Betr.-u. Geschäftsausstattung							
KPC Umweltprämie	1 889,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
ZUSCHUSS	11 936,50	1 518,01	0,00	0,00	-433,71	0,00	1 084,30
Zuschuss gemäß § 3 Abs. 1 Z 6 EStG	2 988,00	1 750,00	0,00	0,00	-500,00	0,00	1 250,00
	16 813,66	3 268,01	0,00	0,00	-933,71	0,00	2 334,30
620 Büromaschinen, EDV-Anlagen							
ZUSCHUSS	1 924,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	1 924,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtsumme	526 738,14	181 468,04	0,00	0,00	-26 390,85	0,00	155 077,19
<u>Summenaufteilung:</u>							
KPC Umweltprämie	1 889,16	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
ZUSCHUSS	521 860,98	179 718,04	0,00	0,00	-25 890,85	0,00	153 827,19
Zuschuss gemäß § 3 Abs. 1 Z 6 EStG	2 988,00	1 750,00	0,00	0,00	-500,00	0,00	1 250,00

Erläuterungen zu FairPay

Ab 2022 fördert das Land Salzburg sowie der Bund im Kulturbereich in mehreren Schritten die Anhebung von Löhnen und Gehältern sowie Honoraren auf ein faires Ausmaß. Aufgrund dieser Subventionsmaßnahmen und der Zusagen für den Verein für das Jahr 2022 in Höhe von € 11.098,00 und 2023 von € 17.021,00 wurde bereits im letzten Quartal 2021 eine kleine erste Anpassung der Löhne und Gehälter im Verein vorgenommen, der zweite Schritt im Verein erfolgte 2022. Mit den weiteren Erhöhungen, dem Einstieg der Stadt Salzburg in das Förderprogramm 2023 konnten die Löhne und Gehälter bis Ende 2024 auf 90 %, bei den Mitarbeitern, und 80%, beim Geschäftsführer, des FairPay Vorschlag der IG Kultur angehoben werden.

Dieses erreichte Ausmaß ist geplant für 2025 zu halten.

Öffentliche Zuschüsse:

Salzburg Stadt Subvention	€ 64.200,00
Salzburg Land Landesjugendreferat Subvention	€ 18.329,00
Salzburg Land Kulturabteilung Subvention	€ 46.415,00
Salzburg Land Landesjugendreferat Investitionsförderung	€ 5.000,00
Salzburg Land Kulturabteilung Investitionsförderung	€ 2.000,00
Salzburg Stadt Kulturabteilung Investitionsförderung	€ 6.000,00
Bundeskanzleramt Ministerium f. Kunst und Kultur Subvention	€ 12.500,00
Salzburg Land Kulturabteilung Subvention für Kulturpraktikanten	€ 800,00
Salzburg Land Kulturabteilung "Mitsammen Projekt"	€ 7.000,00
Salzburg Land Kulturabteilung Förderung FairPay	€ 23.034,00
BM für Kunst und Kultur, Zuschuss FairPay	€ 1.500,00
Salzburg Stadt Förderung FairPay	€ 23.180,00

Sachkontenübersicht

01.01.2024 bis 31.12.2024

Unternehmensrecht, Zusatzwerte nach Steuerrecht

Verein MARK
für kulturelle und soziale Arbeit

Konto		AHK Anfang Veränderung AHK Ende	Buchwert Abschreibung kum. 01.01.2024		Veränderung	Buchwert Abschreibung kum. 31.12.2024		Bewertungsreserve GFB IFB Zuschuss
250 Baul.Inv.in fremd.Betriebsgeb.	Z	592 123,46 8 000,00 600 123,46	210 647,18 381 476,28	Z AfA	8 000,00 -29 784,40	188 862,78 411 260,68	Izu	152 742,89
500 Betr.-u.Geschäftsausstattung		31 362,78 0,00 31 362,78	6 122,16 25 240,62	AfA	-1 784,38	4 337,78 27 025,00	Izu	2 334,30
510 Geschirr,Bestecke-Festwerte		1 739,21 0,00 1 739,21	1 739,21 0,00		0,00	1 739,21 0,00		0,00
620 Büromaschinen, EDV-Anlagen		3 088,64 0,00 3 088,64	0,04 3 088,60		0,00	0,04 3 088,60		0,00
680 GWG Betriebs-u.Geschäftsausstattung		9 045,75 0,00 9 045,75	0,00 9 045,75		0,00	0,00 9 045,75		0,00
Gesamtsumme	Z	637 359,84 8 000,00 645 359,84	218 508,59 418 851,25	Z AfA	8 000,00 -31 568,78	194 939,81 450 420,03	Izu	155 077,19

Z = Zugang
 U = Umbuchung
 ao = außerordentliche AfA
 VZ = BR VZ AfA
 G = Gesamtabgang
 sA = sonstige Änderung
 Zu = Zuschreibung
 GWG = BR GWG
 T = Teilabgang
 AfA = Planmäßige AfA
 Izu = Investitionszuschuss
 GFB = Gewinnfreibetrag
 AHKM = Anschaffungs-/Herstellungskostenminderung
 VZ = vorzeitige AfA
 §12 = BR §12
 Eb = Ersatzbeschaffung
 BMW = Buchwertminderung
 GWG = AfA GWG
 sK = sonstige Korrektur
 IFB = Investitionsfreibetrag
 VSTK = Vorsteuerkürzung
 ap = außerplanmäßige AfA
 ZaU = Zugang aufgrund Umgründung
 IFBÖ = IFB Ökologisierung
 E = Erweiterung
 tw = Teilwert-AfA
 AaU = Abgang aufgrund Umgründung

250 Baul.Inv.in fremd.Betriebsgeb.

Inv.-Nr.	Bezeichnung	Lieferant	Anschaffung Inbetriebnahme Abgang	ND RestND	Abschreibungsart	AHK Anfang Veränderung AHK Ende	Buchwert Abschreibung kum. 01.01.2024	Veränderung	Buchwert Abschreibung kum. 31.12.2024	Bewertungsreserve GFB IFB Zuschuss
1-0	Baul.Inv.Hannakstr. 17	Div.	31.12.2010 01.05.2011	20,00 6,00	linear	592 123,46 0,00 592 123,46	210 647,18 381 476,28	AfA -29 784,40	180 862,78 411 260,68	Izu 152 742,89
2-0	Umbau Toilette Barrierefreiheit 1.TR	L. Pastier, 5020 Salzburg	30.11.2024			Z 0,00 8 000,00 8 000,00	0,00 0,00	Z 8 000,00	8 000,00 0,00	0,00
Summe Konto 250						Z 592 123,46 8 000,00 600 123,46	210 647,18 381 476,28	Z 8 000,00 AfA -29 784,40	188 862,78 411 260,68	Izu 152 742,89

Z = Zugang
U = Umbuchung
ao = außerordentliche AfA
VZ = BR VZ AfA

G = Gesamtabgang
sA = sonstige Änderung
Zu = Zuschreibung
GWG = BR GWG

T = Teilabgang
AfA = Planmäßige AfA
Izu = Investitionszuschuss
GFB = Gewinnfreibetrag

AHKM = Anschaffungs-/Herstellungskostenminderung
VZ = vorzeitige AfA
§12 = BR §12
Eb = Ersatzbeschaffung

BWM = Buchwertminderung
GWG = AfA GWG
sK = sonstige Korrektur
IFB = Investitionsfreibetrag

VSTK = Vorsteuerkürzung
ap = außerplanmäßige AfA
ZaU = Zugang aufgrund Umgründung
IFBÖ = IFB Ökologisierung

E = Erweiterung
tw = Teilwert-AfA
AaU = Abgang aufgrund Umgründung

500 Betr.-u.Geschäftsausstattung

Inv.-Nr.	Bezeichnung	Lieferant	Anschaffung Inbetriebnahme Abgang	ND RestND	Abschreibungsart	AHK Anfang Veränderung AHK Ende	Buchwert Abschreibung kum. 01.01.2024	Veränderung	Buchwert Abschreibung kum. 31.12.2024	Bewertungsreserve GFB IFB Zuschuss
1-0	Boxen inkl.Aufhänge-vorrichtung	Thomann Musikaus, Treppendorf 30, D-96138 Burgebrach	10.06.2011 10.06.2011	7,00 0,00	linear	527,86 0,00 527,86	0,01 527,85	0,00	0,01 527,85	0,00
2-0	Stagebox inkl.Kabeln Pro Snake	Thomann Musikhaus, Treppendorf 30, 96138 Burgebrach	08.09.2011 08.09.2011	7,00 0,00	linear	884,53 0,00 884,53	0,01 884,52	0,00	0,01 884,52	0,00
29-0	Musikanlage 2 Stk.	Thomann	06.04.2006 06.04.2006	5,00 0,00	linear	3 166,50 0,00 3 166,50	0,00 3 166,50	0,00	0,00 3 166,50	0,00
30-0	Kärcher Dampfreiniger BR 30/4 C Serialnummer 21003	Alfred Kärcher Ges.m.b.H., Lichtblaustraße 7, 1220 Wien	08.01.2013 08.01.2013	7,00 0,00	linear	699,68 0,00 699,68	0,01 699,67	0,00	0,01 699,67	0,00
31-0	Investitionen Technik Öllerer, Thomann, Klein	Öllerer, Thomann, Klein	31.12.2014 31.12.2014	7,00 0,00	linear	8 409,10 0,00 8 409,10	0,01 8 409,09	0,00	0,01 8 409,09	0,00
32-0	1. Stk Nikon Kamera inkl. Zubehör, Technik Investition (Zuschuss)	Hartlauer, Schallmooser Hauptstr. 6a, Salzburg	21.07.2015 21.07.2015	4,00 0,00	linear	394,96 0,00 394,96	0,01 394,95	0,00	0,01 394,95	0,00
33-0	Stahlrohr, 1 Stk. LED Booster, 5M LED Streifen, 12V Netzteil für LEDs, u.Musikhaus thomann	Klein Michael/Musikhaus Thomann, Aighhofstr. 4, Salzburg	21.07.2015 21.07.2015	4,00 0,00	linear	505,54 0,00 505,54	0,01 505,53	0,00	0,01 505,53	0,00
34-0	Tischfußballtisch gebraucht v. Privat	Arstner Zater Privatverkäufer	02.09.2015 02.09.2015	3,00 0,00	linear	450,00 0,00 450,00	0,01 449,99	0,00	0,01 449,99	0,00
39-0	Audac 4 Kanal Verstärker gebr.	Klein Michael, Aighhofstr. 4, 5020 Salzburg	17.03.2017 17.03.2017	3,00 0,00	linear	685,00 0,00 685,00	0,01 684,99	0,00	0,01 684,99	0,00
40-0	Föön E12SE Hornsubwoofer	Klein Michael, Aighhofstr. 4, 5020 Salzburg	30.05.2017 30.05.2017	5,00 0,00	linear	1 500,00 0,00 1 500,00	0,01 1 499,99	0,00	0,01 1 499,99	0,00
41-0	Neonurglasschrift aus Klarglas, rot leuchtend - steckerfertig	neonART, Karolingerstr. 19, 5020 Salzburg	22.02.2018 22.02.2018	5,00 0,00	linear	455,90 0,00 455,90	0,01 455,89	0,00	0,01 455,89	0,00
42-0	Beamer InFO IN 128 HDx inkl. Halterung	Alternate GmbH, Philipp- Reis-Str. 2-3, D-35440 Linden	22.03.2018 22.03.2018	4,00 0,00	linear	566,92 0,00 566,92	0,01 566,91	0,00	0,01 566,91	0,00
43-0	DATEQ SPL-5 2 Kanal Limiter mit Messmikrofon	thomann GmbH, Hans- Thomann-Str. 1, D-96138 Burgebrach	18.10.2018 18.10.2018	5,00 0,00	linear	1 143,55 0,00 1 143,55	0,01 1 143,54	0,00	0,01 1 143,54	0,00

Z = Zugang
U = Umbuchung
ao = außerordentliche Afa
VZ = BR VZ Afa

G = Gesamtabgang
sA = sonstige Änderung
Zu = Zuschreibung
GWG = BR GWG

T = Teilabgang
Afa = Planmäßige Afa
Izu = Investitionszuschuss
GFB = Gewinnfreibetrag

AHKM = Anschaffungs-/Herstellungskostenminderung
VZ = vorzeitige Afa
§12 = BR §12
Eb = Ersatzbeschaffung

BWM = Buchwertminderung
GWG = Afa GWG
sK = sonstige Korrektur
IFB = Investitionsfreibetrag

VSTK = Vorsteuerkürzung
ap = außerplanmäßige Afa
ZaU = Zugang aufgrund Umgründung
IFBÖ = IFB Ökologisierung

E = Erweiterung
tw = Teilwert-Afa
AaU = Abgang aufgrund Umgründung

500 Betr.-u.Geschäftsausstattung

Inv.-Nr.	Bezeichnung	Lieferant	Anschaffung Inbetriebnahme Abgang	ND RestND	Abschreibungsart	AHK Anfang Veränderung AHK Ende	Buchwert Abschreibung kum. 01.01.2024	Veränderung	Buchwert Abschreibung kum. 31.12.2024	Bewertungsreserve GFB IFB Zuschuss
44-0	Lichtinstallation	Klein Michael u. Fa. thomann GmbH, 5020 Salzburg, D-96138	28.03.2018 28.03.2018	5,00 0,00	linear	1 889,16 0,00 1 889,16	0,01 1 889,15	0,00	0,01 1 889,15	0,00
45-0	Klimaanlage Bar und Büro	TVG Technische Vertriebs- GesellschaftmbH, Wallackgasse 5, 1230	25.09.2020 25.09.2020	7,00 2,50	linear	4 930,83 0,00 4 930,83	2 465,43 2 465,40	AfA -704,40	1 761,03 3 169,80	Izu 1 084,30
46-0	Bestuhlung Bar NEU	Rücker Freidrich,	18.07.2022 18.07.2022	5,00 2,50	linear	4 166,67 0,00 4 166,67	2 916,67 1 250,00	AfA -833,33	2 083,34 2 083,33	Izu 1 250,00
47-0	Amazon Beamer	Amazon München, Marcel- Breuer-Str.12, München	07.06.2023 07.06.2023	4,00 2,00	linear	986,58 0,00 986,58	739,93 246,65	AfA -246,65	493,28 493,30	0,00
Summe Konto 500						31 362,78 0,00 31 362,78	6 122,16 25 240,62	AfA -1 784,38	4 337,78 27 025,00	Izu 2 334,30

Z = Zugang
U = Umbuchung
ao = außerordentliche AfA
VZ = BR VZ AfA

G = Gesamtabgang
sA = sonstige Änderung
Zu = Zuschreibung
GWG = BR GWG

T = Teilabgang
AfA = Planmäßige AfA
Izu = Investitionszuschuss
GFB = Gewinnfreibetrag

AHKM = Anschaffungs-/Herstellungskostenminderung
VZ = vorzeitige AfA
§12 = BR §12
Eb = Ersatzbeschaffung

BWM = Buchwertminderung
GWG = AfA GWG
sK = sonstige Korrektur
IFB = Investitionsfreibetrag

VSTK = Vorsteuerkürzung
ap = außerplanmäßige AfA
ZaU = Zugang aufgrund Umgründung
IFBÖ = IFB Ökologisierung

E = Erweiterung
tw = Teilwert-AfA
AaU = Abgang aufgrund Umgründung

510 Geschirr,Bestecke-Festwerte

Inv.-Nr.	Bezeichnung	Lieferant	Anschaffung Inbetriebnahme Abgang	ND RestND	Abschreibungsart	AHK Anfang Veränderung AHK Ende	Buchwert Abschreibung kum. 01.01.2024	Veränderung	Buchwert Abschreibung kum. 31.12.2024	Bewertungsreserve GFB IFB Zuschuss
1-0	Geschirr,BesteckFestwert		01.01.2000			1 739,21 0,00 1 739,21	1 739,21 0,00	0,00	1 739,21 0,00	0,00

Z = Zugang
U = Umbuchung
ao = außerordentliche AfA
VZ = BR VZ AfA

G = Gesamtabgang
sA = sonstige Änderung
Zu = Zuschreibung
GWG = BR GWG

T = Teilabgang
AfA = Planmäßige AfA
Izu = Investitionszuschuss
GFB = Gewinnfreibetrag

AHKM = Anschaffungs-/Herstellungskostenminderung
VZ = vorzeitige AfA
§12 = BR §12
Eb = Ersatzbeschaffung

BWM = Buchwertminderung
GWG = AfA GWG
sK = sonstige Korrektur
IFB = Investitionsfreibetrag

VSTK = Vorsteuerkürzung
ap = außerplanmäßige AfA
ZaU = Zugang aufgrund Umgründung
IFBÖ = IFB Ökologisierung

E = Erweiterung
tw = Teilwert-AfA
AaU = Abgang aufgrund Umgründung

620 Büromaschinen, EDV-Anlagen

Inv.-Nr.	Bezeichnung	Lieferant	Anschaffung Inbetriebnahme Abgang	ND RestND	Abschreibungsart	AHK Anfang Veränderung AHK Ende	Buchwert Abschreibung kum. 01.01.2024	Veränderung	Buchwert Abschreibung kum. 31.12.2024	Bewertungsreserve GFB IFB Zuschuss
1-0	IntelCore i5 PC	Ecotec Computer Data World GmbH, Atterseestrasse 121, 4850	31.10.2011 31.10.2011	4,00 0,00	linear	659,99 0,00 659,99	0,01 659,98	0,00	0,01 659,98	0,00
2-0	BenQ Projektor		01.05.2011 01.01.2012	4,00 0,00	linear	504,17 0,00 504,17	0,01 504,16	0,00	0,01 504,16	0,00
634-0	2 Stk. PC HP Pavillon Intel Core, 2 Stk. RAM 4 GBB Crucial Ballistix Sport, 2 Stk. PC HM 24 N Upgrade PC	notebooksbilliger.de AG, Wiedemannstr. 3, Sarstedt	16.03.2015 16.03.2015	4,00 0,00	linear	1 088,10 0,00 1 088,10	0,01 1 088,09	0,00	0,01 1 088,09	0,00
635-0	4 Stk. LED Monitor, 1. Stk. interne Festplatte 4 TB, SSD Samsung 850 EVO Technik Invest	notebooksbilliger.de AG, Wiedemannstr. 3, Sarstedt	16.03.2015 16.03.2015	4,00 0,00	linear	836,38 0,00 836,38	0,01 836,37	0,00	0,01 836,37	0,00
Summe Konto 620						3 088,64 0,00 3 088,64	0,04 3 088,60	0,00	0,04 3 088,60	0,00

Z = Zugang	G = Gesamtabgang	T = Teilabgang	AHKM = Anschaffungs-/Herstellungskostenminderung	BWM = Buchwertminderung	VSTK = Vorsteuerkürzung	E = Erweiterung
U = Umbuchung	sA = sonstige Änderung	AfA = Planmäßige AfA	VZ = vorzeitige AfA	GWG = AfA GWG	ap = außerplanmäßige AfA	tw = Teilwert-AfA
ao = außerordentliche AfA	Zu = Zuschreibung	Izu = Investitionszuschuss	§12 = BR §12	sK = sonstige Korrektur	ZaU = Zugang aufgrund Umgründung	AaU = Abgang aufgrund Umgründung
VZ = BR VZ AfA	GWG = BR GWG	GFB = Gewinnfreibetrag	Eb = Ersatzbeschaffung	IFB = Investitionsfreibetrag	IFBÖ = IFB Ökologisierung	

680 GWG Betriebs-u.Geschäftsausstattung

Inv.-Nr.	Bezeichnung	Lieferant	Anschaffung Inbetriebnahme Abgang	ND RestND	Abschreibungsart	AHK Anfang Veränderung AHK Ende	Buchwert Abschreibung kum. 01.01.2024	Veränderung	Buchwert Abschreibung kum. 31.12.2024	Bewertungsreserve GFB IFB Zuschuss
1-0	GWG 2012		31.12.2012 31.12.2012	1,00 0,00	linear	463,80 0,00 463,80	0,00 463,80	0,00	0,00 463,80	0,00
2-0	GWG 2014		31.12.2014 31.12.2014	1,00 0,00	linear	597,18 0,00 597,18	0,00 597,18	0,00	0,00 597,18	0,00
3-0	GWG 2015		31.12.2015 31.12.2015	1,00 0,00	linear	580,43 0,00 580,43	0,00 580,43	0,00	0,00 580,43	0,00
4-0	GWG 2016		31.12.2016 31.12.2016	1,00 0,00	linear	374,58 0,00 374,58	0,00 374,58	0,00	0,00 374,58	0,00
5-0	GWG 2017		31.12.2017 31.12.2017	1,00 0,00	linear	1 904,42 0,00 1 904,42	0,00 1 904,42	0,00	0,00 1 904,42	0,00
6-0	GWG 2018		31.12.2018 31.12.2018	1,00 0,00	linear	1 392,55 0,00 1 392,55	0,00 1 392,55	0,00	0,00 1 392,55	0,00
7-0	GWG 2019	Div.Lieferanten	31.12.2019 31.12.2019	1,00 0,00	linear	2 021,97 0,00 2 021,97	0,00 2 021,97	0,00	0,00 2 021,97	0,00
8-0	GWG 2020		31.12.2020 31.12.2020	1,00 0,00	linear	1 710,82 0,00 1 710,82	0,00 1 710,82	0,00	0,00 1 710,82	0,00
Summe Konto 680						9 045,75 0,00 9 045,75	0,00 9 045,75	0,00	0,00 9 045,75	0,00
Gesamtsumme						Z 637 359,84 8 000,00 645 359,84	218 508,59 Z 418 851,25 AfA	8 000,00 -31 568,78	194 939,81 Izu 450 420,03	155 077,19

Z = Zugang
U = Umbuchung
ao = außerordentliche AfA
VZ = BR VZ AfA

G = Gesamtabgang
sA = sonstige Änderung
Zu = Zuschreibung
GWG = BR GWG

T = Teilabgang
AfA = Planmäßige AfA
Izu = Investitionszuschuss
GFB = Gewinnfreibetrag

AHKM = Anschaffungs-/Herstellungskostenminderung
VZ = vorzeitige AfA
§12 = BR §12
Eb = Ersatzbeschaffung

BWM = Buchwertminderung
GWG = AfA GWG
sK = sonstige Korrektur
IFB = Investitionsfreibetrag

VSTK = Vorsteuerkürzung
ap = außerplanmäßige AfA
ZaU = Zugang aufgrund Umgründung
IFBÖ = IFB Ökologisierung

E = Erweiterung
tw = Teilwert-AfA
AaU = Abgang aufgrund Umgründung

UNTERFERTIGUNG DURCH DEN VEREINSVORSTAND

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 1. Jänner 2024 bis 31. Dezember 2024 inkl. Anlagen des Vereins

Mark für kulturelle und soziale Arbeit

wurde - unter Inanspruchnahme der Beratung durch die Beisteiner Steuerberatung GmbH - in der Verantwortung des Vereinsvorstandes erstellt und im Folgenden unterzeichnet.



.....
Krämer Alexandra
Obfrau

.....
Lechner Michael
Obfrau Stellvertreter

.....
Lechner Michael
Kassier

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Zur Verfügung gestellt vom Vorstand der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I. TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

- Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
- Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
- Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenseitiger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nicht- prüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstellen.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissens- erklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungs- gehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht (fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDASVO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur

Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftraggeber zu fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervor kommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhänderberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, un- beschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungsgehilfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogener Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder beruflich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgaberverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmergeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragsbefolgung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragsbefolgung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft,

in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhand, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder unzulässig, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstelle und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrnehmung zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhandern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen

ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs 1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.

© Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, 1100 Wien